

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages. Bezugspreis: 20. Okt. — 4. Nov. 8 Milliarden M. Einzelne Nummern 1,5 Milliarden M. Fernsprecher: Geschäftstele Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574 Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontofonto Dresden Nr. 140

Anfangspreis — Grundpreis mal Schlüsselzahl der deutschen Zeitungen. (Grundpreis: die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 100 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 200 M., unter Einbezug 300 M. Schlüsselzahl: 18000000. Ermäßigung auf Familien- und Geschäftsanzeigen. Schluss der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Rechnungslisten der Verwaltung, der Staatskassen und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluss der Landes-Brandversicherungskasse, Verkaufsliste von Holzplanzen auf den Staatsforstrevieren. Verantwortlich für die Redaktion: Hauptgeschäftsführer Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 255

Dresden, Freitag, 2. November

1923

## Bereidigung des Kabinetts Fellsch.

Stellungnahme der Parteien. — Deutsch-volksparteilicher Antrag auf Landtagsauflösung.

66. Sitzung des Landtags. Donnerstag, den 1. November 1923. Präsident Winter eröffnet die Sitzung 9 25 Uhr abends. Am Regierungstisch Ministerpräsident Fellsch und einige Regierungsmitglieder. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort zu einer Erklärung Abg. Wirth:

Meine Damen und Herren! Im Namen meiner Fraktionskollegen habe ich folgende Erklärung abgegeben: In der Sitzung des Landtags vom 30. Oktober cr. hat der Abgeordnete Wirth von der kommunistischen Partei u. a. nach schweren Vorwürfen gegen meinen Parteifreund Dr. Feigner folgendes erklärt:

Damit ist gleichzeitig die Charakteristik derjenigen sozialdemokratischen Führer gegeben die mit und hier konspiriert haben gegen ihre Parteigenossen in der eigenen Partei, die sich mit uns verbündet haben: Ihre Mühe den Kampf in unserer Partei führen, ihre Mühe uns unterliegen gegen die Rechte in unserer Partei. Das Stenogramm verzeichnet bei diesen Ausführungen ein „Sehr richtig, bei den Kommunisten.“

Auf den Zusatz meiner Parteifreunde, wer diese Sozialdemokraten gewesen seien, wurde nach dem Stenogramm von der kommunistischen Partei geantwortet: Wir werden Euch die Dokumente darüber zur Verfügung stellen.

Mein Parteifreund Wirth hat darauf sofort erklärt, daß er die seine Überzeugung habe, daß es solche Lumpen in der sozialdemokratischen Fraktion und Partei nicht gebe (Abg. Franz: Aber andere!) und er hat den Abg. Wirth aufgefodert, ihm die Namen derjenigen zu nennen, die diese Konspiration gegen die sozialistische Partei getrieben haben. Darauf hat der Abg. Wirth erneut erklärt:

Wir haben gar keine Veranlassung, von dem, was ich gesagt habe, auch nur ein Wort zurückzunehmen, und ich erkläre hier, daß wir vor der Arbeiterschaft diesen Kampf aufsuchen werden, nicht in diesem Parlament vor den bürgerlichen Parteien (Sehr richtig! bei den Kommunisten), sondern vor der Arbeiterschaft werden wir respektvoll in vollem Umfange die Behauptung, die wir hier aufgestellt haben, aufrechterhalten und beweisen. (Abg. Franz: Herr Wirth, das ist bloß Komödie getrieben.)

Meine Damen und Herren! Gegenüber diesen Behauptungen des Abg. Wirth erklärt die Fraktion einmütig (Abg. Franz: Und draußen werden die Arbeiter abgegarzelt!):

Die Behauptungen des Abg. Wirth müssen als Verleumdung bezeichnet werden, solange der Abg. Wirth nicht den Beweis dafür erbringt. Die Fraktion der S.S.P.D.

Hierauf kam es zu einer längeren Geschäftsordnungsdebatte. Abg. Beutler (Disfamat.): Ich spreche zunächst mein Bewunderung darüber aus, daß, nachdem in der letzten Sitzung verhandelt worden war, daß die Vereidigung des Herrn Ministerpräsidenten Fellsch am Dienstag stattfinden sollte, wir heute durch ein Telegramm für abends um 8 Uhr eingeladen worden sind. Ich kann nicht recht begreifen, warum die Vereidigung des Herrn Ministerpräsidenten Fellsch solche Eile hat, daß man Kosten aufwendet, die in die Millionen gehen um die Vereidigung ein paar Tage eher stattfinden zu lassen. (Sehr richtig! bei den Sozialnationalen.)

Ich muß aber weiter erklären, daß wir der Vereidigung des Herrn Fellsch als Ministerpräsidenten widersprechen, weil wir die Überzeugung haben,

daß Herr Fellsch nicht Ministerpräsident ist.

Ich habe das bereits in der vorigen Sitzung ausgeführt und erkläre hiermit, daß die Frage auf Wichtigkeitserklärung dieser Wahl von

und unterschrieben vorliegt und morgen früh beim Reichsgericht eingereicht wird. Bei der Ausarbeitung dieser Klage bin ich und andere Herren, die dabei beteiligt waren, zu der festen Überzeugung gekommen, daß unsere Ansicht richtig ist.

Ich weise darauf hin, daß, wenn heute der Herr Fellsch als Ministerpräsident vereidigt wird, und wenn er, im Vertrauen auf diese Wahl, Regierungsgeschäfte vornimmt, alle diese Regierungsgeschäfte nichtig sind. Ich weise vor allem darauf hin, daß es seine Pflicht ist, die Gültigkeit dieser

Wahl gründlich zu prüfen und sich zu überlegen, ob die Regierung, die heute mit dem Herrn Ministerpräsidenten Fellsch neu eingeleitet ist, wirklich eine zu Recht bestehende Regierung ist. So lange das nicht der Fall ist, muß, meiner Überzeugung nach, der Auftrag des Herrn Reichspräsidenten an den Reichskommissar zu Recht bestehen. (Abg. Lieberach: Der nimmt gleich Beutler dazu!)

Ich stelle namens meiner Parteifreunde den Antrag: die Vereidigung des Herrn Ministerpräsidenten auszusetzen, bis die Gültigkeit des

Staatsgerichtshofs über die Gültigkeit der Wahl erfolgt ist. (Bravo! recht!)

Abg. Dr. Kaiser (D.S.P.): Wir sind natürlich auch durch die Einladung überrascht gewesen, aber gegen die Zulässigkeit sind keine Bedenken zu erheben. Wohl aber ist der Landtag nunmehr beauftragt, jetzt über die Tagesordnung dieser Sitzung zu beschließen, denn sie ist ja zunächst nur vom Herrn Präsidenten, bez. vom Hofkanzler in der Einladung angegeben. Ich bitte, meinem Antrag zuzustimmen,

daß die Vereidigung des Herrn Ministerpräsidenten heute nicht vorgenommen

## Die Kriegsvorbereitungen Bayerns.

Wo bleiben die Taten der Reichsregierung?

Berlin, 2. November. Der „Sozialdemokratische Parlamentsklub“ führt in seinen aufsehenerregenden Enthüllungen fort und veröffentlicht heute folgende Tatsachen: Die militärischen Rüstungen auf bayerischem Boden jenseits der thüringischen Grenze nehmen ihren Fortgang. Wie unübersehbar in aller Öffentlichkeit die „Mobilisierung“ durchgeführt wird, zeigt folgender Aufruf, den „Das Kommando des Jungdeutschen Sturmregiments“ in allen bürgerlichen Blättern Coburgs veröffentlichte:

„Die bayerische Regierung hat Teile des Jungdeutschen Sturmregiments ausgerufen. Weitere Ausrufe erfolgen in den nächsten Stunden. Wir müssen von den Arbeitgebern Coburgs und Umgebung erwarten, daß sie unsere Ordensbrüder sofort zur Erfüllung ihrer vaterländischen Pflicht freigeben. Wir machen darauf aufmerksam, daß die bayerische Regierung verfügt hat, der Ausübung der bayerischen Nothilfe keinerlei Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Von allen Arbeitgebern müssen wir erwarten, daß sie nicht nur die Stellen der Ausgerufenen freigeben, sondern daß sie, im Hinblick darauf, daß die Ausgerufenen eine vaterländische Pflicht erfüllen, wo es irgend möglich ist, auch die Gehälter weiterzahlen.“

Zusätzlich rufen täglich Kompanien der illegalen Verbände in kleineren Trupps in Coburg zusammen, wo sie in der Kaserne der ehemaligen 10er, in der jetzt die Landespolizei liegt, eingekleidet werden. Dabei wurden manche der ländlichen Jungdeutschen, die, als der „Ersatzfall“ an sie herantrat, nur ägernd dem Einberufungsbeehl nachkamen, zwangsweise ausgehoben, teilweise sogar mit Unterstützung der Gendarmerie. Die in Neustadt bei Coburg liegende Kompanie des „Jungdeutschesland-Regiments“ wurde erheblich verstärkt, und zwar auch in aller Öffentlichkeit, wie folgendes Inserat beweist, das am 30. Oktober im „Neustädter Tageblatt“ veröffentlicht wurde:

### Grenzkreis Nord.

Unterabteilung 1.

Die Kompanie Neustadt der politischen Nothilfe Bayerns braucht dringend alle folgende Uniformstücke (Feldblusen, Hosen und Militärmützen), ferner Ausrüstungsstücke wie Koppel, Patronentaschen, Brustbeutel, Feldtaschen, Handtücher, ferner Geschütze aus Blech, Löffel.

Ich bitte die Bürgerchaft, und durch Zuwendungen dieser Art zu unterstützen. Abgabe in der Kompanie-Schreibstube, Amisgericht, Zimmer Nr. 5.

Rlingisch,

Oberst. und Adjutantsführer.

Das Hauptquartier dieses Grenzkreises Nord, das sich im Amtsgerichtsgebäude in Neustadt befindet, war eine Zeit lang als solches durch

die Patentreuzfahne kenntlich gemacht. Auf Einbruch beim Stadtkommissar wurde Herr Fellsch durch eine große schwarz-weiße rote Fahne ersetzt. Im Schloß Wiesen bei Eckhart befindet sich als Bewachungszentrum ein Konzentrationlager, das einen regen Autoverkehr nach Coburg unterhält. Oberleutnant Klingisch, der Adjutantsführer, war zunächst als nationalsozialistischer Sturmtruppführer in München tätig. Seit einiger Zeit ist er an die „Front“, nach Coburg, versetzt worden. Hier war er in der ersten Zeit im Stadquartier der zweiten Ehrhardt-Brigade, das im Hause Seidmannsdorfer Str. 12 untergebracht ist, bis er jetzt, bei der Ausrüstung des Jungdeutschen Regiments, die Führerrolle erhielt. Die Regimentsführer befindet sich in Coburg, Steinweg 2, und ist durch eine Tafel an der Haustür kenntlich gemacht. Überall herrscht eine eifrige Tätigkeit, um die Eingezogenen einzukleiden und fertig auszubilden. Alle Anzeichen und Äußerungen deuten darauf hin, daß man möglichst bald „Losziehen“ will.

Das nachstehende, von einem in Burglundsstadt wohnhaften Baubeamten am 26. Oktober 1923 „An den Deutschen Wanderer-Berlin“, S. 2, des Herrn Baron v. Pflungen in Erlangen, Neuestraße 10“ gerichtete Schreiben gibt ebenfalls von den in Bayern wider Gesetz und Vertrag vor sich gehenden Rüstungen Kenntnis:

„In Anbetracht der Notwendigkeit und Dringlichkeit erlaube ich um beschleunigte Anfordern und Lieferung. Ich kann die Sachen auch mittels Auto holen lassen.“

Ich erlaube weiteren Bescheid mit teu-deutschem Gruß etc. Stahl, Baubeamter Burglundsstadt.

Laut den Abmachungen bei der Führer-Versammlung in Lichtersfeld stellen die Bezirksgruppen von Bayern im Reich Burglundsstadt und Waisman eine eigene Kompanie zusammen. Nach den bis jetzt vorliegenden freiwilligen Meldungen zählt die Kompanie über 200 Mann. Um die Kompanie feldmarschmäßig auszurüsten zu können, ist folgendes dringend notwendig:

250 Uniformen mit	Gewehrmunition
250 Mäntel	R. 6. Munition
250 Gewehre	Epulen und Belle
250 Zeitungswehre	3 Minenwerfer mit
250 Koppel mit	Minen
Patronentaschen	Handgranaten
250 Tornister	3 Scherenfernstrohre
250 Brodbeutel	Feldstecher
250 Stahlhelme	2 Fernsprechapparate
250 Stiefel	Leitungsdraht mit
500 Stiefelsohlen	Jollerband
1 Sanitäts (unleserlich)	2 Flintenapparate
1 Feldkiste	

Die Rüstungen der illegalen Verbände in Bayern können in Coburg, überhaupt an der bayerisch-thüringischen Grenze, jederzeit beobachtet werden. Es wundert uns deshalb, daß

die Reichsregierung die amtlichen Untersuchungen aus Anlaß des veröffentlichten Materials bisher, wenigstens im allgemeinen, noch nicht hat abschließen können. Es kommt nicht darauf an, ob ein Maschinengewehr weniger oder mehr festgesetzt wird, sondern in welchem Maße die illegalen Verbände wider Gesetz und Vertrag zum Bürgerkrieg rufen.

Das Reichswehrministerium scheint das entgegengesetzte Verfahren zu betreiben und, an Hand der Behauptungen, überall einzelne Feststellungen machen zu wollen. Das ist ein unhaltbarer Zustand, und wir verlangen endlich eine amtliche Feststellung, ob unsere Behauptungen im allgemeinen stimmen oder nicht. Das dürfte auch dem Herrn Reichswehrminister leicht möglich sein, denn die von ihm nach Bayern entsandten Ermittler werden nicht umhin können, unsere Angaben als einwandfrei und tatsächlich zu bekräftigen.

### Hitler und Rahr.

Die Patentreuzfahne für Berlin.

München, 1. November.

In der letzten Hitler-Versammlung, in der die Leute von den Lokalen der verbotenen Versammlungen mit Lastautomobilen in den Jirtus-Krone geholt wurden, befragten sich mehrere Redner auch mit der Diktatur Rahr. Den Kaufmann gab Hitler mit folgenden Worten: „Außerhalb Bayerns glaubt man, Herr v. Rahr sei ein brutaler Diktator; wer aber näher hinsieht, weiß, daß nichts davon ist. Es geschieht heute so wenig wie früher. Die Maßnahmen der Diktatur, abgesehen von den Radeibischer gegen unsere Bewegung, sind kläglich. Wie lange aber soll das Volk noch warten, wann endlich soll die wahre Diktatur beginnen?“

Eingehend behandelte dann Adolf Hitler das Thema. Er gab auch eine Art Antwort auf die letzte Frage Hitlers. „Ich habe mich“, so sagt Hitler, „vor 5 Wochen dem System Rahr bewegen nicht angeschlossen, weil ich wollte, daß es zusammenbrechen würde. Eine Diktatur für Bayern allein muß vor Berlin kapitulieren. Die Zeit wird das beweisen, wenn nicht in letzter Minute eine große Wandlung eintritt. Das bisherige Ergebnis der Rahrchen Diktatur ist bitter: als Neuterer stehen wir da, die wir Deutschland helfen wollten. Soll das das Ende der deutschen Freiheitsbewegung sein, daß man uns hier abwürgt? Damit das nicht geschieht, wollen wir, daß endlich die Diktatur für das Reich aufgerichtet wird. Bayern wird in Berlin verteidigt. Wenn nicht in letzter Minute der große Wurf geschieht, wird weder Bayern noch Deutschland frei. Für mich ist die deutsche Frage erst dann gelöst, wenn die schwarz-weiße rote Patentreuzfahne vom Berliner Schloß weht. Das die Stunde gekommen ist, fühlen wir alle, und deshalb werden wir uns ihrem Gebote nicht entziehen.“